

Im Juli legte die zivilgesellschaftliche Arbeitsgruppe für die Agenda 2030 (GTSC A2030) dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen in New York einen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 in Brasilien vor. Der Schattenbericht dient als Gegengewicht zum von der brasilianischen Regierung beim jährlichen High-Level Political Forum der UN in New York vorgelegten sogenannten Voluntary National Review (VNR), um auf Schwächen und Herausforderungen der staatlichen Strategie hinzuweisen sowie ein ausgewogeneres Bild der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) zu skizzieren. Der Bericht, der sich auf 7 SDGs konzentriert, liefert extrem besorgniserregende Daten in Bezug auf folgende Herausforderungen:

- Beendigung der Armut und des Hungers;
- Gewährleistung sozio-produktiver Inklusion;
- Sicherstellung eines gesunden Lebens;
- Erreichung von Geschlechtergleichheit;
- Aufbau einer belastbaren, für alle zugänglichen Infrastruktur;
- Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Industrialisierung und Unterstützung von Innovationen;
- Schutz mariner Ökosysteme.

Wenige Schritte wurden bisher zur Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren insgesamt 17 Zielen und 169 Maßnahmen realisiert. Die Implementierung der SDGs koordiniert in Brasilien das Präsidialsekretariat (SEGOV). Als wichtigen positiven Schritt zur Verwaltung der Implementierung hebt der Bericht 2016 die Schaffung der Nationalen SCD-Kommission hervor, die eine der Forderungen der GTSC A2030 war. Die Nationale SCD-Kommission dient als kollegiales und beratendes Gremium zur Überwachung, Internalisierung und Verbreitung der Umsetzung der Agenda 2030. Bis heute ist die SDG-Kommission als Mechanismus, der sich zu gleichen Teilen aus Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Regierung zusammensetzt, in Lateinamerika einmalig. Des Weiteren wird auch die Gründung der gemischten Parlamentarier*innengruppe zur Unterstützung der SDGs (Frente Parlamentarista de Apoio aos ODS), die Maßnahmen zur Verstärkung der Umsetzungsinstrumente der Agenda diskutieren und vorschlagen soll, als positiv gewertet. Die Schaffung der Kommission und der Parlamentarier*innengruppe reichen jedoch nicht aus, solange es an Transparenz, Zugang zu

Der steinige Weg zur Umsetzung der Agenda 2030 in Brasilien

von Jan Erler*

Informationen, wirklicher Partizipation der Zivilgesellschaft, Regulierung und Kontrolle zentraler Bereiche fehlt. Bis zum Impeachment von Dilma Rousseff versuchte die Regierung, die SDGs und ihre Unterziele mit dem Vierjahres-Plan der Regierung (PPA) vereinbar zu machen. Der PPA ist Grundlage für das jährliche Budget und Hauptreferenz für andere nationale und sektorale Pläne. Der gegenwärtige PPA stammt noch aus der Zeit der Rousseff-Regierung. Viele der Maßnahmen, insbesondere solche, deren Ziele und Indikatoren mit den SDGs abgestimmt sind, wurden unter zivilgesellschaftlicher Partizipation entworfen. Das Problem liegt für Cardoso, Custódio David und Pietricovsky vom Institut für sozio-ökonomische Studien (INESC), die an dem Bericht mitgewirkt haben, nicht in der Unfähigkeit der staatlichen Institutionen oder der Exekutive, die SDGs zu verwirklichen. Die derzeitige Regierung stelle einfach nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Die neoliberale Agenda der Temer-Regierung hat verbunden mit politischen Reformen wie etwa bei der Arbeitsgesetzgebung oder der Sozialversicherung, Budgetkürzungen, Privatisierungen in grundlegenden Sektoren und Flexibilisierung von Umweltlizensierungsverfahren für Großprojekte den Abbau des Sozialstaates und eine Demontage hart erkämpfter Rechte zur Folge. Unter dem Vorwand von Haushaltsanpassungen werden die wenigen Programme, die Brasiliens historische Ungleichheiten aufzubrechen und die Armut im Land zu bekämpfen suchen, beschnitten oder ganz abgeschafft. Laufende Prozesse zur Umsetzung von Rechten werden gekappt. Gleichzeitig werden Institutionen und Programme zur Anerkennung von Rechten historisch benachteiligter und wenig beachteter Bevölkerungsgruppen abgebaut.

Als großer Rückschritt im Hinblick auf Rechte und die Umsetzung der SDGs wird von sozialen Bewegungen die von der Temer-Regierung durchgesetzte Verfassungsänderung 95 (EC 95) gesehen. Die Verfassungsänderung beschneidet die öffentlichen Ausgaben für die nächsten 20 Jahre und priorisiert so die Rückzahlung der Staatsschulden vor Sozialprogrammen. Damit erfüllen 2017 fast alle Politikbereiche Einschnitte in Bezug auf ihre finanziellen Mittel. Daten von INESC zeigen, dass insbesondere solche Funktionen, Organe und Programme stark von Kürzungen betroffen waren, die sich den besonders verwundbaren und benachteiligten Gruppen der Bevölkerung widmen. Von allen Funktionen im Staatshaushalt wurde bei den „Bürgerrechten“ am drastischsten gekürzt: um 37,1 Prozent, von R\$ 2,6 Mrd. in 2016 auf R\$ 1,6 Mrd. in 2017. Dem Bericht zufolge wird seit 2016 die Umsetzung des SDG 1

"Armut beenden" durch die Veränderungen der politischen Prioritäten erschwert. Die geplante Reform des Sozialversicherungssystems benachteilige vor allem Arbeiter*innen mit geringem Einkommen gegenüber Personen mit höherem Einkommen. 2014 profitierten von der Sozialversicherung 78% der älteren Menschen, was die Armut in dieser Altersgruppe reduzierte; das Benefício de Prestação Continuada (BPC), eine finanzielle Hilfe für ältere Menschen und Menschen mit besonderen Anforderungen oder Behinderungen, mache fast 80% des Haushaltsbudgets der begünstigten Familien aus und sei in 47% der Fälle das einzige Haushaltseinkommen. Mit der Reform der Sozialversicherungssystems drohe insbesondere vielen älteren Brasilianer*innen der Abstieg in die Armut.

Veränderungen in der Arbeitsgesetzgebung stünden für das Motto „Geschäft geht vor Gesetz“ und könnten in Zeiten der Krise Verluste für Arbeitnehmer*innen bedeuten, insbesondere durch die neue Regelung des Outsourcings am Arbeitsmarkt. Neben den Reformen des Sozialversicherungssystems und der Arbeitsgesetzgebung nennt der Schattenbericht noch die Steueranpassung seit 2015 als Hinderungsgrund für die Erreichung des SDGs 1 - „Armut beenden“.

Eine besonders desillusionierende Kernaussage des Berichtes bezieht sich auf SDG 2 – Kein Hunger und nachhaltige Landwirtschaft. In den letzten Dekaden hatte Brasilien v.a. durch Umsetzung von Sozialprogrammen wie fome zero und bolsa familia bedeutende Fortschritte in der Schaffung des Zugangs zu Nahrungsmitteln für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen gemacht. Das aktuelle Szenario sei jedoch diesbezüglich ein Rückschlag: die Prioritäten der Temer-Regierung und die Stärke der Parlamentarier*innenfraktion des Agrobusiness im Nationalkongress gäben ständig Anlass zur Sorge. Die Folgen des Einfrierens der Sozialausgaben, die Reformen der Sozialversicherung und der Arbeitsgesetzgebung führten zur Verhinderung des Zugangs zu Nahrungsmitteln für die Ärmsten, erneutem Auftreten von Ernährungsunsicherheit und schafften einen institutionellen Rahmen mit schlechten Voraussetzungen für die notwendige Transformation hin zu einer ausreichenden und gesünderen Ernährung. Des Weiteren seien die Angriffe auf die Landrechte indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften besorgniserregend. In Anbetracht dieser Entwicklungen drohe Brasilien auf die Welthungerkarte des World Food Programmes zurückzukehren.



Streikende in São Paulo

Quelle: MidiaNinja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Auch in Bezug auf Frauenrechte und Umsetzung von SDG 5 – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung - ist die Lage laut Bericht wenig zuversichtlich. Programme, die Frauen in Gewaltsituationen Hilfe anbieten, haben extreme Budgetkürzungen erfahren. So das Programm „Politik für Frauen: Gegen Gewalt angehen und Autonomie fördern“, dessen Budget in nur einem Jahr um R\$ 5,5 Millionen, damit um 52 %, gekürzt wurde. Das mit der Ausführung von Gleichstellungspolitik beauftragte staatliche Organ, das Sekretariat für Frauenpolitik, wurde demontiert und dem Justizministerium zugeordnet. Unter der aktuellen Regierung besitzt dieses Thema keine Priorität.

Was die Erreichung von SDG 3 – Gesundheit für alle Menschen jeden Alters und ihr Wohlergehen fördern angeht, liefert der Bericht wenig Anlass für Optimismus. Das mit der Verfassung von 1988 eingeführte einheitliche Gesundheitssystem (Sistema Único de Saúde – SUS) werde durch administrative und politische Ineffizienz zugunsten privater Gesundheitsunternehmen und zum Nachteil der Menschenrechte ausgehöhlt. 2017 wurden zur Finanzierung des SUS nur 4 % des Gesamthaushaltsplans von der Regierung zur Verfügung gestellt. Dies führe u.a. zu einem erneuten Anstieg von Krankheiten wie HIV/AIDS und machten die Ausrottung von anderen wie Tuberkulose und Malaria in bestimmten Regionen unmöglich. Es fehle zudem an ausreichenden Investitionen in die Forschung, um saisonal auftretende Epidemien von Zika, Chikungunya und Dengue rechtzeitig aufhalten zu können.

Die aktuelle Politik der Temer-Regierung ist geprägt von der Deckelung sozialer Ausgaben und erheblichen Mittelkürzungen bei vielen staatlichen Organen. Beschlossen werden Reformen,

die zu sozialer Exklusion führen, Ungleichheiten verstärken und das Staatsvermögen Privatisierungsprozessen preisgeben. Angesichts dieser Politik wird es ein langer und hindernisreicher Weg bis zur Umsetzung der Agenda 2030 in Brasilien.

Richten wir den Blick auf uns, stellt sich die Frage, wo wir hierzulande mit der Umsetzung der Agenda 2030 bisher stehen. Einblicke darüber liefert der Schattenbericht „Großbaustelle Nachhaltigkeit. Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“, der von Vertreter*innen der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft erstellt wurde. Dieser konstatiert, dass wir hierzulande noch lange nicht auf einem Weg zu nachhaltigen Lebensweisen sind, „sowohl in sozialer (Stichworte Ungerechtigkeit und Armut, in ökonomischer (Energiepolitik und Infrastruktur), als auch ökologischer Hinsicht (u.a. Feinstaubbelastung, Zustand der Ökosysteme).“ Zudem stellten eine zunehmende Gewaltbereitschaft und Polarisierung (Extremismus und Populismus) die Prinzipien „Frieden“ und „Partnerschaft“ in Frage. Die Art und Weise unseres Zusammenlebens, unserer Produktion und unseres Konsums habe Auswirkungen auf Menschen anderswo auf der Welt. Unser Ressourcenverbrauch, unser Ausstoß von Klimagasen, aber auch Themen wie Agrarpolitik oder Außenhandel hinterließen einen größeren „Fußabdruck“ in der Welt, als uns zusteht. Deutschland werde seiner internationalen Verantwortung u.a. in den Bereichen der Entwicklungspolitik, globale Wirtschafts- und Umweltpolitik nicht gerecht.

■

* Jan Erler arbeitet in der Geschäftsstelle von KoBra in Freiburg.

Historischer Kampf der Guarani und Kaiowá

Seit kolonialer Zeit widerstehen die Ureinwohner*innen von „Pindorama“¹ dem Raub ihres Landes. Für die indigenen Völker ist sowohl die systematische Vertreibung aus ihren Territorien als auch der Völkermord ein direktes Ergebnis der Kolonialisierung und der ihr folgenden Ausbeutungen von Menschen und Natur. Letzteres wurde vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts durch institutionelle Maßnahmen der Regierung verschärft, die darauf abzielten, die Ureinwohner*innen Brasiliens zu „zivilisieren“. Davon betroffen waren insbesondere die Guarani und Kaiowá (GK) im Bundesstaat Mato Grosso, von dem Ende der 1970er Mato Grosso do Sul (MS) abgespalten wurde.² Die Bildung von Reservaten durch den „Dienst zum Schutz von Indigenen“ (Serviço de Proteção ao Índio – SPI, der Vorläufer der heutigen Indigenenbehörde FUNAI) zum Anfang des 20. Jahrhunderts führte bereits de facto zur Isolierung und Dezimierung indigener Gruppen. Die von Indigenen „befreiten“ Ländereien wurden der Privatinitiative zur Ausbeutung übergeben, was im Normalfall bedeutete: Rodung gefolgt von Monokulturen aus Soja und Zuckerrohr.

Der Kampf der Guarani und Kaiowá Brasiliens: Vom Widerstand vor Ort bis zur internationalen Solidarität

von Felipe Bley Folly und Angélica Castañeda Flores*

Derzeit kämpfen ca. 45.000 Guarani in MS um ihre Territorien – genannt *tekohá*. Das schwer aus dem Guarani übersetzbare Konzept *tekohá* umfasst nicht nur ein Stück Boden zum Anbauen und Wohnen, sondern geht weit darüber hinaus. Zum *tekohá* gehören die Menschen, der Boden, die Wälder, die Felder, das Wasser, die Luft, die Tiere, die Pflanzen, die Heilpflanzen und in ihm wird die Vielfaltigkeit ihrer Kultur und ihrer menschlichen Beziehungen gelebt. Zusammengefasst und übersetzt: *tekohá* ist der Raum (-ha), indem die Guarani ihre Kultur und Lebensweise (*teko*-) leben.³ Die brutale Expansion des Agrobusiness in Mato Grosso do Sul – durch Soja-, Zuckerrohr-, Maisplantagen und Viehzucht –, besonders seit den 1970er Jahren, hat den Überlebensraum der GK drastisch verringert und ihnen ihr *tekohá* systematisch entrisen. Das alles geschieht mit direkter Unterstützung von Abgeordneten, die die Interessen der *ruralistas* – der sogenannten Großgrundbesitzer*innen – sowohl auf Landes- als auch auf

- 1 Die GTCS A2030 – Grupo de Trabalho da Sociedade Civil para Agenda 2030 überwacht die Implementierung des SDGs und wurde 2014 gegründet. Sie besteht aus über 40 Mitgliedern brasilianischer NGOs, sozialer Bewegungen, Foren und Stiftungen.
- 2 Relatório Luz do GTSC para Agenda 2030 de Desenvolvimento Sustentável – Síntese, verfügbar unter: http://brasiliadefato.com.br/wp-content/uploads/2017/06/Sintese_FINAL_PRINT_v3.pdf
- 3 Cardoso, A., Custódio David, G. & Pietricovsky de Oliveira, I. (2017): Utopia or Dystopia. The Sustainable Development Goals in Brazil and in the World, Instituto de Estudios Socio-económicos – INESC, verfügbar unter: <http://www.socialwatch.org/sites/default/files/2017-SR-BRAZIL-eng.pdf>
- 4 Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017. Berlin/Bonn/Köln, September 2017, verfügbar unter: <https://www.2030report.de/de>